

ANTRAGSBUCH **IN EINFACHER SPRACHE**

Außerordentliche Bezirkskonferenz vom 17. Juli 2022



Antragsverzeichnis

- | | | |
|------------|--|-----------------|
| A01 | Leitantrag – Probiere mal mit Entlastung | S. 1-6 |
| A02 | Freiheit braucht Solidarität –
Zum zukünftigen Umgang mit Corona | S. 7-11 |
| A03 | Entwicklungshilfe stärken –
Welternährung sichern | S. 12 |
| A04 | Supermärkte vergesellschaften! | S. 13-14 |
| A05 | Landnahme auf Agrarflächen stoppen! | S. 15-16 |
| A06 | Krisen erfordern Investitionen –
Schuldenbremse endlich abschaffen | S. 17 |
| A07 | Für eine effektive Liegenschaftspolitik in Bayern! | S. 18-19 |
| A08 | Freie Fahrt für helfende Bürger*innen –
Alle 1.051.200 Minuten zum Erste-Hilfe-Kurs | S. 20 |
| A09 | Wo ist Frank-Walter im Alter?
Gegen die Dienstpflichten | S. 21-22 |
| A10 | Keine Nazi-Katzen für die Bundeswehr! | S. 23-24 |

A01

Bezirkskonferenz Jusos Oberbayern

17. Juli 2022

Leitantrag – Probiere mal mit Entlastung

Antragsteller*innen

Bezirksvorstand Jusos Oberbayern

Adressat*innen

Bezirksvorstand Jusos Oberbayern

Der Krieg in der Ukraine hat Folgen für die Wirtschaft. Der Präsident von Russland Putin will nämlich, dass andere Länder die Ukraine nicht unterstützen. Wenn diese Länder Probleme mit der Wirtschaft haben, geht es diesen Ländern schlechter. Putin hofft, dass die Menschen in diesen Ländern die Ukraine dann nicht mehr unterstützen wollen.

Wir finden es aber wichtig, die Ukraine zu unterstützen. Die Bundes-Regierung findet auch, dass wir die Ukraine unterstützen müssen. Die Bundes-Regierung will aber auch den Menschen in Deutschland helfen. Die Menschen in Deutschland sollen nicht leiden, weil die Wirtschaft Probleme hat. Deshalb hat die Bundes-Regierung zwei Entlastungs-Pakete beschlossen. Das Entlastungs-Paket soll Menschen helfen, die nicht so viel Geld haben. Diese Menschen haben nämlich als erste Probleme, wenn die Wirtschaft Probleme hat.

Die Lage ist aber immer noch schwierig. Zum Beispiel sind die Preise für viele Dinge gestiegen. Menschen mit wenig Geld können sich hohe Preise aber nicht leisten. Wir wollen deshalb, dass die Bundes-Regierung ein drittes Entlastungs-Paket beschließt. Wir haben uns auch überlegt, welche Dinge die Bundes-Regierung beschließen soll.

Nachhaltigkeit statt Tank-Rabatt

Die Bundes-Regierung hat sich zwei Dinge überlegt, damit Menschen weniger Geld ausgeben müssen, wenn sie mit dem Auto oder dem Bus oder der Bahn fahren: Den "Tank-Rabatt" und das "9-Euro-Ticket".

Wenn man tankt, muss man dafür Steuern zahlen. Die Bundes-Regierung hat diese Steuern gesenkt. Das ist der Tank-Rabatt. Damit sollen die Menschen weniger Geld für das Tanken ausgeben müssen. Die Preise für das Tanken sind nämlich gestiegen.

Mit dem "9-Euro-Ticket" hat die Bundes-Regierung die Preise für den Bus und die Bahn gesenkt. Die Menschen können drei Monate lang für 9 Euro in einem Monat mit vielen Bussen und Bahnen fahren. Damit sollen die Menschen Geld sparen, weil die

Preise für das Ticket nicht mehr so hoch sind.

Wir finden das 9-Euro-Ticket gut. Viele Menschen, die kein Geld haben, fahren mit dem Bus und der Bahn. Diese Menschen müssen nicht mehr so viel für ihr Ticket bezahlen. Das ist gut für diese Menschen.

Den Tank-Rabatt finden wir nicht gut. Reiche Menschen fahren nämlich viel mehr mit dem Auto als arme Menschen. Reiche Menschen bekommen damit viel mehr vom Tank-Rabatt ab als arme Menschen. Das finden wir schlecht. Arme Menschen brauchen nämlich gerade mehr Hilfe als reiche Menschen.

Wir wollen den Tankrabatt beenden. Wir wollen aber, dass es das 9-Euro-Ticket noch länger gibt. Das 9-Euro-Ticket hilft besonders Menschen mit wenig Geld. Mit dem 9-Euro-Ticket fahren auch mehr Menschen mit Bus und Bahn.

Aktuell müssen Menschen, die Arbeitslosen-Geld bekommen, einen Teil vom Arbeitslosen-Geld zurückgeben, wenn sie das 9-Euro-Ticket haben. Das finden wir schlecht. Besonders den Menschen, die kein Geld haben, soll nämlich das 9-Euro-Ticket helfen.

Schutz für Mieter*innen in der Krise

Wohnen ist wichtig und wegen der aktuellen Situation noch teurer. Wir wollen nicht, dass diese Situation die Mieter*innen besonders trifft. Sie müssen sowieso schon sehr viel ihres Geldes als Miete bezahlen.

Wir wollen deshalb, dass die Erhöhung der Miete verboten wird. So kann niemand die Wohnung verlieren. Mit einem sogenannten Miet-Moratorium wollen wir verhindern, dass Leuten ihre Wohnung gekündigt werden kann. Auch wenn zwei Monats-Mieten nicht bezahlt werden können, sollen die Leute nicht gekündigt werden können.

Bei den Nebenkosten wollen wir Menschen mit geringem Einkommen entlasten und eine Beratung anbieten. Den Heiz-Kosten-Zuschuss, den die Bundesregierung beschlossen hat, soll auch für Rentner*inne gelten. Auch Studierende und Auszubildende müssen unterstützt werden.

Finanz-politik

Über-gewinn-steuer

Wir fordern eine Über-gewinn-steuer. Also eine Steuer auf Über-gewinne. Also Gewinne über der Erwartung. Die Unterstützung dafür ist breit.

Der Staat muss Menschen und Unternehmen in der Krise viel helfen. Wenige Unternehmen haben hohe Gewinne wegen dem Krieg. Das ist unfair.

Zum Beispiel haben sehr große Öl-Unternehmen am Anfang des Jahres doppelt so

viel verdient wie letztes Jahr.

Wir wollen nur Gerechtigkeit. Die neue Steuer soll nur Über-gewinne treffen.

Nur wenige Unternehmen verkaufen Energie. Also haben die Unternehmen keinen Druck selbst Preise niedriger zu machen.

In anderen Ländern reden die Leute auch über Über-gewinn-steuern. Oder es gibt schon Über-gewinn-steuern.

In Italien gibt es eine Über-gewinn-steuer seit März. Der Politiker Mario Draghi hat die Steuer gemacht. Draghi war früher Euro-Chef.

Sogar in Groß-brittanien kommt eine Über-gewinn-steuer. Die Regierung dort ist sehr konservativ.

Finanzpolitisch durchstarten - Schuldenbremse anzünden

Wir schlagen immer viele Dinge vor. Wir wollen zum Beispiel, dass Busse und Bahnen öfter fahren. Dann fahren mehr Menschen mit dem Bus und der Bahn. Das ist gut für die Umwelt.

Viele Schulen sind sehr alt. Wir wollen, dass die Schulen erneuert werden. Dann können Schüler (mwd) dort besser lernen.

Diese Vorschläge kosten viel Geld. Diese Vorschläge sind aber auch gut und wichtig. Deshalb finden wir, dass der Staat für diese Vorschläge Geld ausgeben soll.

Der Staat darf aber oft nicht so viel Geld ausgeben, dass er die Vorschläge umsetzen kann. Manchmal muss der Staat sich nämlich Geld ausleihen. Das nennt man "Schulden aufnehmen". Viele Politiker (mwd) finden es schlecht, dass der Staat Schulden aufnimmt. Viele Politiker (mwd) sagen, dass dann die jungen Menschen die Schulden aushalten müssen. Diese Politiker haben aber nicht Recht (mwd). Es ist nämlich viel wichtiger, dass der Staat für die Schulen und die Busse und die Bahnen Geld ausgibt. Sonst ist das schlecht für alle Menschen.

Deswegen haben die Politiker (mwd) die Verfassung geändert. In der Verfassung steht, welche Gesetze die Politiker (mwd) machen dürfen. In der Verfassung stehen auch Regeln, an die sich die Politiker (mwd) halten müssen. Auch die Mitarbeiter des Staates müssen sich an die Verfassung halten. Niemand darf gegen die Verfassung verstoßen. Die Verfassung ist sehr wichtig.

Die Politiker haben in die Verfassung geschrieben, dass der Staat nicht so viele Schulden aufnehmen darf.

Das finden wir schlecht. Der Staat muss nämlich Schulden aufnehmen dürfen. Sonst kann der Staat zum Beispiel weniger Geld für die Schulen ausgeben. Das ist schlecht

für junge Menschen. Wir wollen deshalb, dass die Verfassung geändert wird, damit der Staat wieder Schulden machen darf.

Keine Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel

Wenn man etwas einkauft, muss man eine Steuer zahlen. Diese Steuer heißt Mehrwert-Steuer.

Alle Menschen müssen gleich viel Mehr-Wert-Steuer zahlen. Bei der Mehr-Wert-Steuer wird ein Teil des Preises von einer Sache nochmal zum Preis dazugerechnet. Damit wird der Preis höher.

Die Mehr-Wert-Steuer ist eine besondere Steuer. Meistens müssen nämlich nicht alle gleich viel Steuer zahlen. Eigentlich sollen reiche Menschen mehr Steuern zahlen. Das ist gerechter.

Bei der Mehr-Wert-Steuer wird aber nicht nachgeschaut, ob ein Mensch reich oder arm ist. Alle Menschen müssen den höheren Preis von einer Sache zahlen. Armen Menschen haben aber schon wenig Geld. Es ist unfair, dass die einen höheren Preis zahlen müssen. Es ist auch unfair, dass die armen Menschen genauso viel zahlen müssen wie die reichen Menschen.

Wir wollen deshalb, dass man keine Mehr-Wert-Steuer mehr für Essen zahlen muss. Wir wollen auch, dass man keine Mehr-Wert-Steuer mehr für Hygiene-Produkte zahlen muss. Seife ist zum Beispiel ein Hygiene-Produkt. Wir finden die Mehr-Wert-Steuer auch insgesamt schlecht.

Verschärfung des Kartellrechts

Adam Smith hat über Märkte geschrieben. Neo-Liberale mögen Adam Smith oft gern. Adam Smith hat sogar gesagt, oft machen Unternehmen gemeinsam höhere Preise aus. Sie reden also und machen dann ihre Preise höher.

Gegen genau das will Robert Habeck etwas machen. Er ist Wirtschafts-minister. Das Kartell-amt sorgt für gerechten Wettbewerb in den Märkten. Gerecht heißt, dass die Unternehmen gegeneinander spielen. Sie sollen nicht gemeinsam die Preise höher machen.

Dazu soll das Kartell-amt mehr Möglichkeiten bekommen. Es soll Steuern auf Übergewinne angreifen können. Es soll über-mächtige Unternehmen in mehrere kleine Unternehmen teilen dürfen. Das soll ohne Beweis von Preis-absprachen gehen. Also ohne Beweis, dass Unternehmen gemeinsam Preise höher machen.

Wir sagen nein zu fossiler Energie!

Wir wollen dem Klima-wandel entgegen-treten. Dazu müssen wir mehr für den Klimaschutz tun. Aktuell sind wir von Russland abhängig. Ohne die Gaslieferungen aus Russland hat Deutschland ein Problem. Wir möchten das ändern. Dazu müssen wir auch erneuerbare Energien setzen. So können wir weniger abhängig von Russland sein.

Solar-Energie besser nutzen!

Wir fordern mehr Solaranlagen. So können wir die Energie der Sonne nutzen. Wenn alle Menschen eine Solaranlage haben, können sie sich selbst mit Strom versorgen. Damit Menschen eine Solaranlage bauen, muss der Prozess einfacher sein. Alle müssen ihn verstehen und umsetzen können. Wir möchten vor allem kleine Solaranlagen unterstützen.

Wenn jemand Strom mit der Solaranlage produziert und ihn selbst nutzt, sollen darauf keine Steuern anfallen. Wenn man für eigenen Strom Steuern bezahlen muss, ist das schlecht. Dann möchten die Menschen keine eigene Solaranlage.

Nicht der ganze Strom kann verbraucht werden. Deshalb brauchen wir Stromspeicher. Diese müssen noch verbessert werden. Wenn man Strom nicht braucht, dann kann man ihn mit anderen teilen. Das nennt man Einspeisung. Die Einspeisung ist aktuell nicht gut geregelt. Wir wollen das besser machen. Strom aus erneuerbaren Energien muss immer als erstes eingespeist werden. Und wenn jemand Strom abgibt, muss das gut bezahlt werden.

Wir wollen, dass auf privaten und öffentlichen Häusern Solaranlagen stehen müssen. So kann mehr erneuerbarer Strom erzeugt werden.

Autobahnen verbrauchen viel Fläche. Diese Fläche kann man besser nutzen. Man kann ein Dach über die Autobahn bauen. Dieses Dach muss eine Solaranlage sein. So kann man die Fläche doppelt nutzen. Die Autobahn kann Strom erzeugen durch Sonnenlicht.

Grüner Wasserstoff eine echte Alternative

Wasserstoff ist nicht gleich Wasserstoff. Wasserstoff, der aus erneuerbaren Energien gewonnen wird, bezeichnen wir als grünen Wasserstoff. Zukünftig dürfen wir nur diesen unterstützen. In einigen Industriezweigen fällt Wasserstoff als Nebenprodukt an.

Dieser soll ab jetzt auch als nachhaltiger Wasserstoff genutzt werden dürfen.

In vielen Wirtschafts-sektoren wird es große Veränderungen geben. Mit grünem Wasserstoff können wir trotzdem die Wirtschafts-sektoren erhalten. Das ist gut. Mit Wasserstoff können auch Fahrzeuge angetrieben werden. Das ist vor allem für lange Strecken gut. Bei kurzen Strecken finden wir das E-Auto besser. Das wird mit einer Batterie betrieben.

Wasserstoff kann auch ein Speicher für Energie sein. Solarenergie oder Windenergie können in Wasserstoff umgewandelt werden.

Windenergie stärken

In Bayern gibt es zu wenig Windräder. Das ist schlecht. Wir wollen mehr Windräder in Bayern. Dazu muss die 10 H Regelung gestrichen werden. Die 10 H Regelung sagt, wie weit ein Windrad von einem Haus entfernt sein muss.

Diese Regelung mögen wir nicht. Sie macht es schwer Windräder in Bayern zu bauen.

Wir müssen auf die Menschen achten, die in der Nähe der Windräder wohnen. Die Regelung ist aber der falsche Weg.

Die Gemeinde muss die Menschen besser über Windräder informieren und Fragen beantworten.

Ernährungs-sicherheit in Deutschland und Europa

Russland hat die Ukraine angegriffen. Jetzt herrscht dort Krieg. Der Krieg hat Auswirkungen auf die ganze Welt. Das Essen auf der Welt ist ungerecht verteilt. Wir müssen dafür sorgen, dass Menschen in allen Ländern etwas zu Essen haben. Deshalb müssen wir sie unterstützen. Sie müssen auch in ihrem Land Nahrung anbauen können.

Das EEG - Erneuerbare Energien Gesetz

Das Erneuerbare Energien Gesetz regelt alles, was mit erneuerbaren Energien zu tun hat. Bis jetzt gab es die sogenannte EEG-Umlage. Diese wurde jetzt gestrichen. Das ist gut. Vorher mussten alle Menschen die EEG Umlage bezahlen. Die EEG Umlage richtet sich nach dem Stromverbrauch der Menschen. Jetzt zahlt der Staat die EEG Umlage.

Wir möchten, dass Deutschland schnell auf erneuerbare Energien umsteigt. Das bedeutet, dass wir nur noch Strom nutzen, der aus erneuerbaren Energien hergestellt wurde. Das möchten wir bis zum Jahr 2035 erreichen.

A02

Bezirkskonferenz Jusos Oberbayern

17. Juli 2022

Freiheit braucht Solidarität - Zum zukünftigen Umgang mit Corona

Antragsteller*innen
Jusos München

Adressat*innen
Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress

Corona ist noch nicht vorbei. Trotzdem wollen Menschen wieder sich treffen und vieles machen, was sie lange nicht tun konnten. Der Staat muss Menschen vor Corona schützen. Die Menschen sollen trotzdem möglichst viel in ihrem Alltag tun können.

Der Staat muss dafür sorgen, dass möglichst wenige Menschen mit Corona krank werden. Menschen, für die Corona besonders gefährlich ist, müssen besonders geschützt werden. Sie sollen aber trotzdem ihren Alltag leben können. Der Staat muss dafür Regeln in Gesetze schreiben und Geld für die Umsetzung der Regeln ausgeben.

Verbesserung der Raumlufthygiene

Corona kann sich in Innen-Räumen besser ausbreiten als drinnen. Darum fordern wir Luft-Filter und Belüftungs-Systeme. Damit kann man die Luft innen fast so machen wie die Luft außen. Luft-Filter und Belüftungs-Systeme brauchen wir am schnellsten in den Schulen, den Kitas und den Arbeits-Plätzen.

Das Tragen von FFP2-Masken

Masken schützen davor, sich selbst mit Corona anzustecken. Masken können auch andere schützen, wenn man selbst Corona hat. Besonders gut wirken FFP2-Masken. Darum sollte es die Masken-Pflicht in Innen-Räumen geben, wenn besonders viele Menschen Corona haben. Die Masken-Pflicht soll auch in Schulen, Universitäten und am Arbeits-Platz gelten, auch wenn man sitzt.

Die Masken-Pflicht soll an bestimmten Orten auch gelten, wenn weniger Menschen Corona haben. Das sind Geschäfte für Dinge, die man täglich braucht. Das sind Krankenhäuser und Arzt-Praxen (m/w/d). Auch wenn der Arzt (m/w/d) nach Hause kommt, sollen alle Maske tragen. Das sind Busse und Bahnen in der Stadt. Das sind Bahnen, die weiter weg fahren. Das sind Ämter (z. B. die Büros, wo man einen Ausweis bekommt). Allgemein soll überall eine Masken-Pflicht sein, wo viele Menschen zusammen kommen oder Menschen sind, für die Corona besonders

gefährlich ist.

Hier soll die Masken-Pflicht erst zu Ende sein, wenn nur noch sehr wenige Menschen Corona haben.

Schutzkonzepte am Arbeitsplatz, in Schulen und Kitas

Am Arbeits-Platz, in der Schule und der Kita kommen oft Menschen zusammen. Daher braucht es dort Schutz-Konzepte, also Ideen, wie Menschen dort vor Corona geschützt werden können. Die Schutz-Konzepte muss der Staat in Gesetze schreiben.

Arbeiter (m/w/d), die bei der Arbeit mit vielen anderen Menschen zu tun haben, müssen besonders geschützt werden. Das sind zum Beispiel Menschen an der Kasse im Super-Markt. Sie brauchen Schutz-Wände aus Plastik um sich herum. Sie brauchen genug Desinfektions-Mittel. Desinfektions-Mittel sind Flüssigkeiten, die Krankheits-Erreger wie Corona töten.

Schulen und Kitas sollen offen bleiben können. Darum braucht es besonderen Schutz. Schüler (m/w/d) sollen an einzelnen Tischen mit Abstand sitzen. Wenn die Schule oder die Kita trotzdem schließen muss, weil zu viele Corona haben, müssen die Eltern daheim bei ihren Kindern bleiben können. Sie sollen trotzdem weiter ihren Lohn bekommen.

Der einfache Zugang zu Antigen- und PCR-Tests

Man kann durch Tests herausfinden, ob man Corona hat. Es gibt verschiedene Corona-Tests. Schnell-Tests dauern nur ungefähr 20 Minuten. Aber Schnell-Tests sind nicht immer sicher. Manchmal hat man laut Schnell-Test kein Corona, hat es aber in Wirklichkeit schon, und umgekehrt. Trotzdem können Schnell-Tests helfen. Wir wollen, dass die Schnell-Tests so gut wie möglich sind. Darum müssen die Firmen, die Schnell-Tests machen, vom Staat überwacht werden. Schnell-Tests sollen kein Geld kosten.

Es gibt auch Tests, die länger dauern, weil man dafür ein Labor braucht. Man nennt sie PCR-Tests. Ärzte (m/w/d) machen die PCR-Tests. Auf das Ergebnis von einem PCR-Test muss man ungefähr einen Tag warten, manchmal auch länger. Dafür sind die PCR-Tests sicherer als die Schnell-Tests. Wir wollen mehr PCR-Tests für die Menschen in Deutschland. Besonders, wenn man einen Corona-Kranken (m/w/d) getroffen hat, soll man einen PCR-Test machen können. In Österreich kann man PCR-Tests auch ohne Arzt machen. Man kann einen Test kostenlos in manchen Läden mitnehmen und mit einer Flüssigkeit gurgeln. Den Becher mit der Flüssigkeit kann

man abgeben. Dann kriegt man nach einem Tag sein Ergebnis. Diese Tests nennt man Gurgel-Tests. Wir wollen Gurgel-Tests wie in Österreich.

Wir wollen, dass man an der Schule, in der Kita und in der Arbeit Corona-Tests machen muss, wenn viele Menschen Corona haben. Alle sollen die Tests machen, auch wenn sie geimpft sind oder Corona schon hatten. Das nennt man Test-Pflicht. Wir wollen auch mehr als einmal die Woche einen PCR-Test in der Schule.

Isolation, Quarantäne und Kontaktnachverfolgung

Wenn Menschen Corona haben, sollen sie keine anderen Menschen treffen, um sie nicht anzustecken. Das nennt man Isolation. Wenn Menschen Corona-Kranke getroffen haben, sollen sie auch keine anderen Menschen treffen. Sie dürfen dann ihre Wohnung nicht verlassen. Diese Menschen könnten sich nämlich auch mit Corona angesteckt haben. Das nennt man Quarantäne. Isolation und Quarantäne sind gute Mittel, damit möglichst wenige Menschen Corona bekommen.

Es gibt Stellen beim Staat, die sich um die Gesundheit der Menschen kümmern sollen. Man nennt sie Gesundheits-Ämter. Die Gesundheits-Ämter zählen die Corona-Kranken und passen auf, wer Corona-Kranke getroffen hat. Das nennt man auch Kontakt-Nachverfolgung.

Aber wenn zu viele Menschen Corona haben, schaffen die Gesundheits-Ämter die Kontakt-Nachverfolgung nicht mehr. Dann braucht es andere Lösungen. Computer und Handys können dann bei der Kontakt-Nachverfolgung helfen. Es kann zum Beispiel die Corona-Warn-App helfen. Es braucht dann auch wieder mehr PCR-Tests. Wenn Menschen durch Isolation oder Quarantäne nicht arbeiten und Geld verdienen können, müssen sie das Geld vom Staat bekommen.

Für Kinder und Jugendliche ist Quarantäne oft sehr schlimm. Sie müssen in der Wohnung bleiben und dürfen niemanden treffen. Darum sollte es für sie eine leichtere Quarantäne geben, bei der die Regeln nicht ganz so streng sind. Kinder und Jugendliche in Quarantäne sollen am Computer an der Schule teilnehmen dürfen. Wir sind aber dagegen, dass Kinder und Jugendliche in Quarantäne in die Schule gehen müssen, aber sonst niemanden treffen dürfen.

Wenn es weniger Corona gibt, sind auch Isolation und Quarantäne nicht so schlimm.

Erhöhung der Impfquote (auch global) und Weiterentwicklung der Impfquote

Impfungen können verhindern, dass Menschen Corona bekommen oder dass Menschen schwer an Corona krank werden. Wir wollen, dass möglichst viele Menschen Impfungen bekommen.

Wir wollen, dass alle Menschen über 18 Jahren eine Impfung bekommen müssen. Wir wollen auch, dass es für Kinder und Jugendliche sehr einfach ist, Impfungen zu bekommen. Der Staat muss allen Menschen sagen, dass Impfungen helfen.

Es braucht Impfungen für alle Menschen, nicht nur die Menschen in reichen Ländern. Die Firmen, die Impfungen machen, müssen das Rezept für die Impfungen aber nicht weitergeben. Das nennt man ein Patent. Wir wollen, dass das Patent auf Impfungen abgeschafft wird. Dann können viele Firmen einfach Impfungen machen und es gibt auf der ganzen Welt mehr davon.

Es gibt eine Gruppe von Menschen, die sich um die Gesundheit von allen Menschen auf der Welt kümmern. Diese Gruppe heißt Welt-Gesundheits-Organisation. Man sagt auch kurz WHO nach dem englischen Namen World Health Organisation. Alle Länder müssen die WHO beim Kampf gegen Corona besser unterstützen.

Die Firmen verdienen mit dem Verkauf der Impfungen viel Geld. Wir wollen, dass die Firmen vom Staat übernommen werden und das Geld genutzt wird, um Corona zu bekämpfen. Universitäten und Labore, die dem Staat gehören, müssen für das Patent Geld als Entschädigung bekommen.

Deutschland muss den ärmeren Ländern mehr helfen, damit sie selbst viel Impfungen machen können.

Es gibt von Corona immer wieder neue Sorten. Im Moment gibt es viel Corona von der Sorte Omikron. Gegen Omikron helfen die Impfungen leider nicht mehr so gut. Darum brauchen wir besser Impfungen. Dafür muss der Staat den Forschern (m/w/d) Geld geben.

Möglichkeiten des Lernens und Arbeitens in Distanz

Schüler (m/w/d), für die Corona besonders gefährlich ist, sollen an der Schule über den Computer teilnehmen dürfen.

Auch nach Corona muss es möglich sein, dass Schüler (m/w/d) am Computer an der Schule teilnehmen können. Wenn es zum Beispiel Schülern (m/w/d) seelisch eine Zeitlang nicht gut geht, können Sie trotzdem an der Schule teilnehmen.

Wenn Arbeiter (m/w/d) zuhause arbeiten, nennt man das Home Office. In Corona wurde das Recht eingeführt, dass man zuhause arbeiten darf, wenn es geht. Das Recht auf Home Office muss auch nach Corona bleiben. Denn dadurch haben die Arbeiter mehr Freiheit.

Es muss außerdem an den Schulen und den Universitäten Lern-Material am Computer für alle geben. Dadurch sollen aber die Lehrer (m/w/d) nicht noch mehr arbeiten müssen. Es muss trotzdem an der Schule und der Universität Lernen vor Ort geben.

Weitere Erforschung und bessere Verfügbarkeit von Behandlungsmethoden

Der Staat muss Geld an Forscher (m/w/d) geben, damit sie Medizin gegen Corona erforschen. Medizin gegen Corona muss für alle Menschen verfügbar sein.

Manchmal geht es einem immer noch schlecht, auch wenn man nicht mehr Corona hat. Das nennt man Long Covid. Long Covid ist gefährlich. Darum müssen Forscher (m/w/d) sich mit Long Covid beschäftigen. Auch dafür muss der Staat den Forschern (m/w/d) Geld geben.

Wenn Menschen wegen Long Covid nicht arbeiten können und sie kein Geld verdienen können, muss der Staat ihnen Geld geben.

A03

Bezirkskonferenz Jusos Oberbayern

17. Juli 2022

Entwicklungshilfe stärken – Welternährung sichern

Antragsteller*innen

Jusos München

Adressat*innen

Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress

- Wenn reichere Länder ärmeren Ländern mit Geld helfen, nennt man das Entwicklungs-Hilfe. Wir wollen, dass Deutschland mehr Geld für Entwicklungs-Hilfe ausgibt, damit Getreide für arme Länder nicht zu teuer wird.
- Deutschland soll auch in Zukunft ärmeren Ländern helfen, Essen zu beschaffen.

Russland hat Ukraine angegriffen. Dieser Angriff ist ein unerlaubter Krieg. Dadurch sterben viele Menschen. Die Ukraine baut aber auch viel Getreide an, aus dem viele wichtige Lebensmittel wie Brot hergestellt werden. Dieses Getreide verkauft die Ukraine an andere Länder. Durch den Krieg können die Bauern, die das Getreide anbauen, nicht arbeiten, da Sie im Krieg kämpfen müssen. Viele Straßen und Häfen, von denen das Getreide aus in die Welt transportiert wird, sind kaputt. Dadurch gibt es weniger Getreide, das die Ukraine verkaufen kann. Daher steigen überall die Preise für Lebens-Mittel, die aus Getreide hergestellt werden. Viele Menschen hungern dadurch auf der ganzen Welt. Diesen Menschen müssen wir helfen. Deutschland ist ein Land, das sehr reich ist, deshalb haben wir eine besondere Verantwortung, weil wir noch etwas abgeben können. Wir möchten, dass Deutschland zu dieser Verantwortung steht.

A04

Bezirkskonferenz Jusos Oberbayern

17. Juli 2022

Supermärkte vergesellschaften!

Antragsteller*innen

Jusos München

Adressat*innen

Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress

Die meisten Menschen besorgen sich ihr Essen in Super-Märkten. Super-Märkte sind also sehr wichtig für die Versorgung von Menschen mit Essen. Darum wollen wir, dass die Super-Märkte allen gehören! Das nennt man Vergesellschaftung. Das geht zum Beispiel, wenn die Super-Märkte dem Staat gehören. Alle Menschen in Deutschland sollen entscheiden dürfen, was die Super-Markt-Firmen machen. Es soll also eine Demokratie bei Super-Märkten geben.

Wir brauchen nicht nur Essen, wir brauchen auch Getränke, wir brauchen auch Seife und Shampoo, wir brauchen Putzmittel und noch vieles mehr. Wir kaufen das bei REWE, Penny, Kaufland, LIDL, ALDI, EDEKA, Netto und anderen. Die Besitzer (m/w/d) von diesen Super-Märkten sind sehr reich und werden immer reicher. Besonders während Corona haben sie sehr viel verdient.

Gleichzeitig haben Menschen in Deutschland zu wenig zu essen. Wir wollen nicht, dass Menschen Geld verdienen mit Sachen, die alle täglich brauchen. Wir wollen, dass alle Menschen gesundes, gutes Essen bekommen können!

Wenn der Staat Geld an Firmen zahlt, damit sie bestimmte Sachen produzieren oder weiterverkaufen können, nennt man das Subventionen. Im Moment zahlt der Staat oft Geld für Essen, das schlecht für das Klima ist, zum Beispiel Fleisch. Wir wollen, dass der Staat Geld für Essen zahlt, das gesund ist, das weniger schlecht für das Klima ist, und mit dem möglichst viele Menschen ernährt werden können.

Solange Super-Märkte großen Firmen gehören, schauen die Firmen nur darauf, wie sie viel Geld verdienen können. Darum unterdrücken sie die Bauern. Darum lassen sie Tiere schlecht behandeln. Darum machen sie die Natur kaputt. Darum zahlen sie den Arbeitern (m/w/d) schlechte Löhne. Darum müssen die Arbeiter (m/w/d) in den Super-Märkten lange und hart arbeiten.

Mit der Vergesellschaftung von Super-Märkten können alle demokratisch entscheiden, was die Super-Märkte machen. Dann können alle Entscheidungen treffen, die gut für

das Klima und die Natur sind. Dann können alle Entscheidungen treffen, die gut für die Bauern (m/w/d) und die Arbeiter (m/w/d) sind.

Wir wollen, dass weniger Essen von den Super-Märkten verschwendet wird.

Wir wollen, dass es allen Arbeitern (m/w/d) in en Super-Märkten gut geht und sie gute Löhne bekommen.

A05

Bezirkskonferenz Jusos Oberbayern

17. Juli 2022

Landnahme auf Agrarflächen stoppen!

Antragsteller*innen
Jusos München

Adressat*innen
?

1. Wir fordern eine Liste, auf der aufgeschrieben ist, wem der Boden in Deutschland gehört.
2. Böden, die für die Landwirtschaft genutzt werden, nennt man Agrar-Flächen. Wenn einzelne, private Menschen sehr viele Agrar-Flächen besitzen, nennt man sie Großgrund-Besitzer (m/w/d). Einige Großgrund-Besitzer sind Firmen wie Aldi oder einzelne Milliardäre (m/w/d). Viele Großgrund-Besitzer wollen nur ihr Geld in den Agrar-Flächen parken, denken aber nicht die anderen Menschen und dass diese Menschen genug zu essen haben. Darum sind wir gegen Großgrund-Besitzer, die eigentlich gar nichts mit der Land-Wirtschaft zu tun haben. Wir fordern, dass die Großgrund-Besitzer (m/w/d) ihre Agrar-Flächen an den Staat abgeben müssen. Wenn sich viele Menschen, zum Beispiel Bauern (m/w/d), zusammenschließen, um etwas zu produzieren oder sich gemeinsam um etwas zu kümmern, nennt man das Genossenschaft. Wir wollen, dass der Staat Genossenschaften in der Landwirtschaft unterstützt.
3. Wir fordern, dass der Staat Bescheid weiß, wer welches Land wie nutzt. Das ist wichtig, damit alle Menschen in Deutschland mit Essen versorgt sind.
4. Der Verkauf von Boden ist im Grundstück-Verkehrs-Gesetz geregelt. Aber viele umgehen das Gesetz durch sogenannte Share-Deals. Share-Deals sagt man, wenn jemand eine ganze Firma auf einmal kauft, mit allem, was dazugehört. In diesem Fall kaufen Großgrund-Besitzer (m/w/d) ganze Bauernhöfe. Damit umgehen sie die Regeln im Grundstück-Verkehrs-Gesetz. Darum wollen wir Share-Deals bei Böden verbieten. Wenn der Staat etwas kaufen darf, bevor private Menschen das dürfen, nennt man das Vorverkaufs-Recht. Wir wollen ein Vorverkaufs-Recht bei Böden für die Bundes-Länder und die Städte und Dörfer. Das alles wollen wir in das Grundstück-Verkehrs-Gesetz schreiben.

5. Der Staat darf Agrar-Flächen nicht mehr verkaufen. Stattdessen soll der Staat Agrar-Flächen verleihen. Das nennt man auch verpachten. Der Staat soll nur an Menschen Land verpachten, die bestimmte Regeln einhalten, damit alle etwas davon haben. Diese Regeln müssen in einem Katalog stehen.

A06

Bezirkskonferenz Jusos Oberbayern

17. Juli 2022

Krisen erfordern Investitionen – Schuldenbremse endlich abschaffen

Antragsteller*innen
Jusos München

Adressat*innen
Juso-Landeskonferenz, Jusos-Bundeskongress

Die Schulden-Bremse bedeutet, dass der Staat eine begrenzte Menge an Schulden aufnehmen darf. Daher kann der Staat gewisse Aufgaben nicht erfüllen. Zum Beispiel Umwelt-Schutz zu betreiben, denn das kostet Geld. Langfristig kann es weniger Geld kosten, wenn man jetzt Schulden aufnimmt, weil man in der Zukunft Geld spart. Diese Ausgaben nennt man Investitionen. Wir Jusos möchten diese Investitionen ausbauen.

A07

Bezirkskonferenz Jusos Oberbayern

17. Juli 2022

Für eine effektive attraktive Liegenschaftspolitik In Bayern!

Antragsteller*innen
Jusos München

Adressat*innen
Juso-Landeskonferenz, SPD-Bezirksparteitag,
SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion

Der Freistaat Bayern muss sich gut um seine Immobilien kümmern!

Wir fordern:

1. Der Freistaat darf seine Grundstücke nicht mehr verkaufen.

Gemeint sind alle Grundstücke, die dem Freistaat Bayern gehören. Die dürfen nicht mehr verkauft werden.

Zwei Ausnahmen gibt es aber:

An Gemeinden zum Beispiel darf schon noch verkauft werden. Aber nur, wenn die dann versprechen dann nicht selber zu verkaufen. Und nur, wenn die Gemeinden das Grundstück für die Allgemeinheit nutzen. Zum Beispiel für bezahlbares Wohnen.

Auch an Wohnungsgenossenschaften werden keine Grundstücke verkauft. Aber sie dürfen im Erbbaurecht welche bekommen. Das bedeutet auf Zeit verpachtet.

2. Vorhandene Flächen und Möglichkeiten sollen erfasst werden.

Es soll eine Übersicht geben, welche Immobilien dem Freistaat Bayern gehören.

Aufgelistet werden sollen Lage, Fläche und Nutzung. Könnte das Grundstück für bezahlbares Wohnen genutzt werden?

Diese neue Übersicht, das „Flächenkataster“, sollen alle digital anschauen können. Es soll eine Suchfunktion geben. Und es soll klar sein, welche Behörden im Freistaat zuständig sind.

3. Wohnungen und Grundstücke sollen nicht mehr leer stehen.

Vorübergehende Nutzungen sollen geprüft werden.

Vorbild ist der Umgang der Stadt München mit Leerstand. Es soll veröffentlicht werden, wie viele Wohnungen dem Freistaat gehören und Leerstehen.

Begründung:

Der Freistaat Bayern versagt bei der Verwaltung seiner Immobilien.

Das darf aber nicht sein. Gerade weil bezahlbarer Wohnraum dringend gebraucht wird. Das geht auch aus der Bayerischen Verfassung hervor.

Ein Fall wie damals beim Verkauf der GBW Wohnungen darf sich nicht wiederholen.

A08

Bezirkskonferenz Jusos Oberbayern

17. Juli 2022

Freie Fahrt für helfende Bürger*innen – Alle 1.051.200 Minuten zum Erste-Hilfe-Kurs

Antragsteller*innen

Bezirksvorstand Jusos Oberbayern

Adressat*innen

Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress,
SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag,
SPD-Bundestagsfraktion

Jedes Jahr sterben viele Menschen im Straßen-Verkehr. Es gibt viele Wege, das zu ändern. Zum Beispiel so: Viele Menschen in Deutschland haben einen Führer-Schein. Jeder Mensch mit Führer-Schein darf Auto fahren. Um einen Führer-Schein zu bekommen muss man einen Erst-Hilfe-Kurs machen. In dem Kurs lernt man, Menschen in Not zu helfen. Aktuell muss man einen Erste-Hilfe-Kurs nur einmal im Leben machen. Dies ist zu wenig. Menschen vergessen nach einiger Zeit oft, was sie in einem Erste-Hilfe-Kurs gelernt haben. Wenn man Dinge oft machen muss, vergisst man sie nicht so leicht. Also ist es gut, wenn Menschen den Erste-Hilfe-Kurs öfter machen müssen. Wir wollen, dass man alle zwei Jahre einen Erste-Hilfe-Kurs machen muss. Wenn Menschen das nicht wollen, dürfen sie auch nicht Auto fahren. Wir hoffen, dass damit mehr Menschen Unfälle überleben.

A09

Bezirkskonferenz Jusos Oberbayern

17. Juli 2022

Wo ist Frank-Walter im Alter? – Gegen die Dienstpflichten

Antragsteller*innen

Bezirksvorstand Jusos Oberbayern

Adressat*innen

Juso-Landeskonferenz

Eine Dienstpflicht für junge Menschen wird immer wieder gefordert. Eingeführt wurde sie aber nie. Manche Politiker*innen glauben trotzdem diese Idee ist gut. Zuletzt forderte der Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier eine Dienstpflicht. Er ist der bisher wichtigste Politiker mit dieser Idee. Doch trotzdem ist diese Idee immer noch schlecht.

Welche Argumente werden für eine Dienstpflicht genannt?

1. schlechter gesellschaftlicher Zusammenhalt
 2. Menschen haben neben Rechten auch Pflichten
 3. Arbeiten für die Gemeinschaft ist für alle gut
- Das schlechteste Argument ist
4. Mittel gegen den Personalmangel in der Pflege

Probleme der Politik können aber nicht durch eine Pflicht für junge Menschen gelöst werden.

Für uns ist klar:

Das wird es mit uns nicht geben!

Diese Idee ist total veraltet. Sie passt nicht in unsere Lebenswirklichkeit. Junge Menschen stehen ab der Grundschule unter sehr großem Druck. Zeit für Freizeit bleibt kaum. Trotzdem sind junge Menschen in vielen unterschiedlichen Vereinen. Jungen Menschen ist die Gesellschaft wichtig. Das zeigen auch die vielen Freiwilligendienstleistenden. Diese Freiwilligendienste sind gut, aber nicht perfekt. Menschen, die einen Freiwilligendienst machen, bekommen ein Taschengeld. Dieses ist nicht hoch genug. Eltern zahlen meistens noch Geld an ihre Kinder. Das können sich aber viele Familien nicht leisten. Eine Dienstpflicht wäre für diese Familien sehr teuer.

Da immer wieder eine Pflicht für junge Menschen gefordert wird, haben wir einen anderen Vorschlag. Alte cis Männer (Männer denen bei der Geburt das Geschlecht

Mann zugeordnet wurde und die dieser Zuordnung zustimmen) haben in ihrem Leben wenig care - Arbeit (Sorgearbeit wie Erziehung, Pflege, Aufgaben im Haushalt...) geleistet. Das ist ungerecht. Warum fordert also niemand einen Pflichtdienst für diese Gruppe? Ihr ganzes Leben haben die cis Männer einen Vorteil, weil FLINTA*s (Frauen, Lesben, Inter, Nicht binär, Trans, Ageschlechtliche Menschen) diese Arbeit gemacht haben. Deshalb müssen die cis Männer endlich auch mehr dieser Aufgaben übernehmen. Natürlich ist diese Idee nicht ernst gemeint. Sie zeigt nur, wie seltsam und schlecht Forderungen nach einer Dienstpflicht sind. Wir Jusos lehnen die Idee von Dienstpflichten ab. Solche Pflichten lösen keine Probleme. Im Gegenteil. Sie nehmen Menschen die Freiheit, ihren eigenen Weg zu gehen.

A10

Bezirkskonferenz Jusos Oberbayern

17. Juli 2022

Keine Nazi-Katzen für die Bundeswehr!

Antragsteller*innen

Bezirksvorstand Jusos Oberbayern

Adressat*innen

Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress,
SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

Menschen, die mit Waffen gegen andere Menschen mit Waffen kämpfen, heißen Soldaten (m/w/d). Alle Soldaten von einem Land heißen Armee. Die Armee von Deutschland heißt Bundeswehr. Armeen haben auch Autos. Manche von diesen Armee-Autos sind mit dicken Metallplatten gepanzert und haben große Kanonen. Man nennt sie Panzer. Panzer und Armee-Autos von der Bundeswehr heißen meistens wie Tiere. Die Autos können das gleiche wie die Tiere, von denen sie die Namen haben. Zum Beispiel: Der Panzer Biber kann eine Brück über einen Fluss bauen. Der Panzer Büffel ist stark und kann viel tragen.

Firmen, die Waffen bauen, heißen Rüstungs-Firmen. Die Rüstungs-Firma Rheinmetall hat einen neuen Panzer gebaut. Dieser Panzer heißt auch wie ein Tier. Der Panzer heißt Panther. Rheinmetall will den Panzer an die Bundeswehr verkaufen. Früher gab es schon einmal einen deutschen Panzer mit dem Namen Panther. Damals haben die Nazis Deutschland beherrscht. Die Armee von Deutschland hieß damals Wehrmacht. Die Nazis haben mit der Wehrmacht viele andere Länder in Europa angegriffen und viele Menschen getötet. Sie haben vielen Menschen Leid zugefügt. Das finden wir sehr schlimm. Wir wollen nicht, dass wieder Nazis Deutschland oder ein anderes Land beherrschen. Wir wollen nicht, dass Armeen wie die Wehrmacht andere Länder ohne Grund einfach angreifen. Darum wollen wir auch keine guten Erinnerungen an die Wehrmacht. Wenn ein Panzer von der Bundeswehr heißt wie ein Panzer von der Wehrmacht, finden wir das schlecht. Darum wollen wir keinen Panzer mit dem Namen Panther bei der Bundeswehr. Denn die Wehrmacht hatte auch einen Panzer mit dem Namen Panther. Aber das reicht uns noch nicht. Die Nazis und die Wehrmacht haben als erstes Panzern und Armee-Autos die Namen von Tieren gegeben. Die Namen von Tieren sollten beeindruckend klingen. Damit wollten die Nazis den Menschen, die sie angegriffen haben, Angst machen. Die Bundeswehr soll nicht wie die Wehrmacht sein.

Darum wollen wir:

- Der Panzer von Rheinmetall darf nicht Panther heißen.
- Die Panzer und Armee-Autos von der Bundeswehr dürfen nicht die Namen von Tieren haben.
- Die Bundeswehr darf nur Waffen, Panzer und Armee-Autos haben, wenn die Bundeswehr sie auch wirklich braucht. Die Bundeswehr darf damit Deutschland verteidigen. Sie darf damit auch die Verbündeten von Deutschland verteidigen. Sie darf keine Waffen, Panzer und Armee-Autos haben, mit denen man angreifen kann.
- Es darf keine Nazis in der Bundeswehr geben. Die Bundeswehr darf nicht wie die Wehrmacht sein.
- Man muss Rüstungs-Firmen besser überwachen. Darum sollen Rüstungsfirmen dem Staat gehören.